

## Verständigungsprobleme zwischen Jugendämtern und alternativen Jugendprojekten und -initiativen

Marie-Luise Conen, Berlin

Die Jugendämter vor allem in Großstädten sind seit mehreren Jahren nicht nur mit einer Zunahme der Probleme von Jugendlichen und jungen Erwachsenen konfrontiert, sie sehen sich auch vermehrt dem Druck der Alternativszenen ausgesetzt, die für ihre Projekte Unterstützungen durch die Kommunen fordern<sup>1</sup>.

In der Öffentlichkeit wahrgenommene Konflikte zwischen einzelnen Stadtverwaltungen und Alternativszene, z. B. in bezug auf sanierungspolitische Entscheidungen, lassen eine eher konfliktbetonte Beziehung zwischen Jugendämtern und alternativen Jugendprojekten und Initiativen vermuten<sup>2</sup>.

Das zunehmende Interesse der Kommunen an einem Austausch ihrer Erfahrungen mit der Alternativbewegung hat in den letzten Jahren mehrfach seinen Ausdruck u.a. in verschiedenen Tagungen und Forschungsprojekten gefunden<sup>3</sup>. Kenntnisse über die Erfahrungen zwischen der Alternativszene und Jugendämtern wurden bislang nur wenig in der Fachöffentlichkeit systematisch diskutiert.

Einige ausgewählte Fragestellungen und Ergebnisse einer Studie des Sozialpädagogischen Institutes Berlin, an deren Durchführung die Verfasserin maßgeblich beteiligt war, die die Beziehung zwischen Jugendämtern und alternativen Jugendprojekten und -initiativen betreffen, sollen in diesem Aufsatz dargestellt werden:

- Mit welchen Problemen haben sich die Jugendämter hinsichtlich alternativer Projekte auseinanderzusetzen?
- Welche Sachverhalte sind besonders problemhaltig?
- In welchen Formen geschieht dies?

D.h. es soll hier nur auf Forschungsergebnisse der Studie eingegangen werden in bezug auf Konflikte und problemhafte Bereiche zwischen Jugendämtern und alternativen Jugendprojekten.

Alternative Projekte werden durch verschiedene Merkmale bestimmt wie z.B. Selbstverwirklichung, Selbstorganisation, Gleichberechtigung, überschaubare Gruppen, Konsensprinzip, arbeitsfelderübergreifender Ansatz, Dezentralität, Ganzheitlichkeit und Vielfältigkeit. Diese Kennzeichen werden in einer Vielzahl von Veröffentlichungen genannt<sup>4</sup>. Eine allgemein gültige Definition liegt jedoch nicht vor, daher wurden in dieser Studie die alternativen Projekte und Initiativen definiert als Gruppen, Zusammenschlüsse und Vereinigungen (unabhängig von ihrer Rechtsform), die nicht von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe (Jugendämter, Landesjugendämter, Wohlfahrts- und Jugendverbände) initiiert wurden. Es wurden selbstorganisierte Projekte und Initiativen einbezogen, die von Jugendlichen und Erwachsenen, Jugendlichen oder Erwachsenen zugunsten von Kindern und Jugendlichen entwickelt wurden und die sich auf Jugendhilfe im weitesten Sinne beziehen<sup>5</sup>.

Alternative Projekte werden – berücksichtigt man diese Inhalte – nur ausnahmsweise von Wohlfahrts- und Jugendverbänden entwickelt. Der Anschluß von Projekten an einen großen Träger bzw. die volle oder teilweise Finanzierung aus öffentlichen Mitteln wurde nicht ausgeschlossen<sup>6+7</sup>.

### **Viel Förderung und wenig Ablehnung**

Zum überwiegenden Teil (75%) suchen die Projekte den Kontakt zu den Jugendämtern. Bei diesen Kontakten werden zu 3/4 Förderungsbegehren von den Projekten und Initiativen vorgebracht. Diese Förderungsbegehren werden in der Regel (78%) positiv entschieden, nur wenige werden abgelehnt (9%). Dieses Ergebnis vermittelt vordergründig zunächst ein harmonisches Bild ungetrübter Beziehungen zwischen alternativen Projekten und Jugendämtern. Die geringe Ablehnungsrate sollte jedoch nicht als Indiz für konfliktfreie Beziehungen gelten. Die abgelehnten Projekte werden von den Jugendämtern meist mit der Begründung zurückgewiesen, daß sie die Anforderungen bezüglich des Anerkennungsverfahrens nach § 9 JWG nicht erfüllen<sup>8</sup>.

Die bestehenden Verfahrensvorschriften scheinen jedoch auch Projekte davon abzuhalten, überhaupt eine Förderung zu beantragen. Der hohe Aufwand für eine Projektbeantragung, insbesondere für Initiativen, die hauptsächlich von Jugendlichen getragen werden, hat durchaus Einfluß auf die Zahl der Förderanträge. Alternative Jugendprojekte ziehen aus abgelehnten Anträgen anderer Projekte Konsequenzen und wenden sich offensichtlich häufig erst an die Jugendämter, wenn sie begründete und ausgearbeitete Anträge auf Förderung vorlegen können. Die Erarbeitung solcher Förderungsanträge geht immer mehr über zu einer fast semi-professionellen Antragstellung, oftmals unterstützt durch Gutachten von Institutionen oder Hochschullehrern.

### **Informelle Kontakte**

Die für die Antragstellung notwendigen Vorinformationen und Vorabklärungen suchen sich die Projekte über informelle Kontakte. Diese Vorgespräche werden häufig zunächst mit anderen Alternativprojekten (Informationspool) in der jeweiligen Region geführt. Hier erhalten sie Informationen über Zuständigkeiten, Mittel, Termine u.ä.m. In einigen Städten bestehen regelrechte alternative Beratungsangebote für Initiativen und Projekte. Daraufhin suchen die Projekte informelle Kontakte zu Mitarbeitern des Jugendamtes, die diese Angaben ergänzen. Die Projekte wissen meist, wer im Jugendamt geeigneter Ansprechpartner ist und wer ihnen Informationen zur Verfügung stellt. Im allgemeinen gibt es in den Jugendämtern einzelne Mitarbeiter, die eigene informelle Kontakte zur Alternativszene pflegen und sich über ihre eigentliche Arbeit hinaus für diese Projekte engagieren.

Erfahrenere Projekte und Initiativen schalten in diesem Vorfeld auch Vertreter politischer Gremien (Parteien, Jugendwohlfahrtsausschuß, Stadtjugendring u.ä.m.) ein, um das politische Klima und die Chancen der Realisierung eines Projektes zu erkunden bzw. zu beeinflussen. Durch die Alternativszene gerät das Jugendamt ggfs. unter Druck, da die Alternativen ihre politischen Kontakte nutzen, vor allem wenn die Ablehnung eines Projektes in Aussicht steht. Der Druck der Initiativen kann unter Umständen zur Projektrealisierung – trotz Mittelkürzungen – führen.

Aufgrund der informellen Kontakte können im Vorfeld der Antragstellung häufig Forderungen und Wünsche der alternativen Projekte geklärt, verdeutlicht und auf die Bedingungen des Jugendamtes zugeschnitten werden.

### **Das Anerkennungsverfahren – Anforderungen und Probleme**

Nur wenige Jugendämter praktizieren eine »Anerkennung durch Förderung«, d.h. ohne ein gesondertes förmliches Anerkennungsverfahren. Überwiegend fordern die

Jugendämter eine Anerkennung nach § 9 JWG. Die Beziehungen zwischen Jugendämtern und Alternativprojekten werden durch eine Vielzahl kommunaler und landesrechtlicher Bestimmungen und Verfahrensregelungen beeinflusst; sie wirken sich auch auf die unterschiedliche Ausprägung alternativer Jugendprojekte vor Ort aus<sup>9</sup>.

Die Jugendämter streben eine rasche Erledigung des offiziellen Förderungs- und Unterstützungsbegehrens an. Die durchschnittliche Dauer der Bearbeitung eines Förderantrages liegt zwischen drei und sechs Monaten, allerdings gibt es auch Bearbeitungszeiten von ein bis zwei Jahren<sup>10</sup>. Diese unterschiedlichen Bearbeitungszeiten sind begründet in der Belastung der jeweiligen Jugendamtsmitarbeiter, den Verfügungsmöglichkeiten des Jugendamtes, dem Stand der Entwicklung des Projektes sowie der öffentlichen Diskussion um das Projekt.

Im Laufe der Bearbeitung ziehen manche Projekte und Initiativen ihre Anträge auf Förderung auch zurück. Die langwierige Vorbereitung eines Förderantrages erschöpft bei einer Reihe von Projekten die Arbeitskapazitäten, so daß manchen Initiativen in der Zwischenzeit der Atem ausgeht und sie sich auflösen. Einige Jugendämter reagieren auf solche Anzeichen damit, daß sie sich um Hilfestellungen, z.B. in Form von Zwischenfinanzierungsmöglichkeiten bemühen bis die endgültige Entscheidung über das Projekt getroffen wird.

Die Jugendämter fordern in der Regel die meisten Projekte auf, Angaben über eine Vereinsgründung sowie die Gemeinnützigkeitsanerkennung des Finanzamtes beizubringen. Ferner wollen eine Reihe von Jugendämtern einen Nachweis über die Notwendigkeit, Nützlichkeit, Bedeutung und Dauerhaftigkeit des Projektes im Vorfeld, ehe das formale Anerkennungsverfahren beginnen kann.

Aus verständlichen Gründen will das Jugendamt in der Regel sicher sein, daß die Förderung entsprechend dem Antrag verwendet wird sowie, daß das Projekt kontinuierlich arbeitet. Dies heißt ggfs., daß die Projekte und Initiativen längere Zeit (einige Monate bzw. Jahre) bereits tätig gewesen sein müssen, um den Nachweis einer kontinuierlichen Arbeit zu erbringen. Es ist naheliegend, daß nicht alle Jugendinitiativen und Projekte diese lange »Durststrecke« durchhalten können und daher im Vorfeld der Beantragung von Fördermitteln ihre Arbeit einstellen müssen.

Inwieweit der im einzelnen geforderte über längere Zeit erbrachte Nachweis der Nützlichkeit und Kontinuität sowie eine längere Verfahrensdauer insbesondere bei nicht gewünschten Projekten zum Tragen kommen, kann nicht beantwortet werden, da dies nicht Gegenstand der Studie war. Es ist zu vermuten, daß nicht erwünschte Projekte und Initiativen auf diesem Wege keine Förderung erhalten. »Die Schwierigkeiten alternativer Projekte, Förderungen zu erhalten, liegen vielfach nicht im formalen Bereich, sondern sind eher dadurch gegeben, daß ihnen gegenüber politische Vorbehalte bestehen«<sup>11</sup>.

Die Jugendämter wollen die bestehenden Genehmigungsverfahren im allgemeinen nicht ändern, allerdings erfolgt diese Ablehnung aus unterschiedlichen Gründen:

- Die Vorschriften wurden erst vor kurzem erlassen bzw. überarbeitet
- die bestehenden Regelungen werden als ausreichend – auch in der Anwendung für alternative Jugendprojekte und -initiativen – betrachtet
- neue Bestimmungen könnten möglicherweise bestehende Handlungsspielräume einengen.

Insgesamt läßt sich allerdings aus den Untersuchungsergebnissen schließen, daß das Anerkennungsverfahren nicht durchgängig die negativen Folgen hat, die ihm bislang nachgesagt werden. Die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Regelungen und ihrer Anwendungen lassen vielerorts durchaus Handlungsspielräume zu. Ablehnungen werden eher finanziell begründet<sup>12</sup>.

### **Verständigungsprobleme zwischen Jugendämtern und alternativen Projekten und Initiativen**

Die Probleme mit alternativen Projekten variieren entsprechend den regionalen Gegebenheiten. Die Beziehung zwischen Jugendämtern und alternativen Jugendprojekten ist bestimmt zum einen durch die konkreten, inhaltlichen Probleme und zum anderen durch die Intensität der Kontakte.

Die Erschwernisse in den Kontakten sehen die Jugendämter zunächst vor allem bei den alternativen Projekten und Initiativen begründet. Die Jugendämter nehmen hauptsächlich folgende »Defizite« bei den Initiativen wahr:

- Personelle Fluktuation
- wechselnde Ansprechpartner
- unzureichende Organisation
- interne Konflikte
- fehlende Ausdauer.

Weiterhin bilden aus der Sicht der Jugendämter überzogene Forderungen wie z.B. »Voll«-Finanzierung, »Finanzierung ohne Einflußnahme«, fehlende inhaltliche und finanzielle Rechenschaftslegung und unzureichende Bedarfsprüfung, Anlaß für Schwierigkeiten im Umgang miteinander.

Unkenntnisse über die Verwaltung sowie mangelndes Verständnis für Verfahrensabläufe, so klagen die Jugendämter, führen dazu, daß

- die Projekte ungeduldig auf Entscheidung drängen
- Antragsformalitäten unzureichend erledigt werden
- nur diffuse Vorstellungen zu Finanzierungsmöglichkeiten eines Projektes bestehen.

Festzustellen ist, daß einerseits Verständnisprobleme der alternativen Jugendprojekte gegenüber der Verwaltung und ihren Abläufen bestehen und andererseits Schwierigkeiten auf Seiten der Jugendämter vorhanden sind, das »Anderssein« der Projekte und Initiativen, das aus ihrem anderen Selbstverständnis (Selbstbestimmung, Selbstorganisation, Konsensprinzip usw.) resultiert, nachzuvollziehen.

Die von den Jugendämtern genannten »Defizite« der alternativen Projekte erschweren aus der Sicht des Jugendamtes die Arbeit. Die aus den Unkenntnissen der Alternativen resultierenden Probleme bringen für die Jugendämter zusätzliche Arbeit mit sich. Jedoch weisen insbesondere Jugendämter mit vielen Kontakten zu alternativen Projekten und Initiativen darauf hin, daß auftretende Konflikte oft weiterreichende Ursachen haben (vgl. z.B. Diskussion um »Staatsknete«)<sup>13</sup>. Häufig traten Konflikte zwischen Stadtverwaltungen und Alternativprojekten in nicht direkt jugendamtsbezogenen Bereichen wie z.B. Hausbesetzungen auf.

### **Beratung von alternativen Projekten – auch eine Aufgabe der Jugendämter**

In der mündlichen Befragung der Studie ließ sich häufig ein eher vorsichtiger Umgang der Jugendämter und alternativen Projekte miteinander feststellen, der das Ergebnis

gegenseitiger Berührungssängste ist. Jedoch berichten die Jugendämter von einem hohen Bedarf der alternativen Jugendprojekte und -initiativen an Beratungen, die über Fragen der finanziellen Förderung hinausgehen. Dieses Beratungsinteresse könnte den Jugendämtern bessere Möglichkeiten des Zuganges zu den alternativen Projekten eröffnen.

Durch eine intensive Beratung erhalten die Jugendämter zunehmend Einsicht in die Strukturen der alternativen Projekte, so daß es zu einem größeren Verständnis der Besonderheiten kommt. Aber auch die manchmal irrationalen Berührungssängste der Alternativprojekte mit den Jugendämtern lassen sich als Folge der Intensivierung der Kontakte verringern. Die Ängste einzelner Projekte vor Abhängigkeiten aufgrund materieller Förderung durch das Jugendamt werden aufgrund konkreter Erfahrungen abgebaut werden<sup>14</sup>.

Diese Tendenz ist auch darin wiederzufinden, daß Jugendämter mit häufigeren Kontakten zu alternativen Projekten und Initiativen überdurchschnittlich oft eine Änderung der Anerkennungs- und Förderrichtlinien befürworten oder darauf hinweisen, daß keine Änderung erforderlich ist, weil durch jugendamtsinterne Regelungen die Anerkennung als Träger der Jugendhilfe weitgehend vereinfacht und unproblematischer geregelt wurde.

Die Jugendämter wirken eher problemorientiert und geduldig beratend auf die Projekte ein. Eine Erläuterung des Verfahrensablaufes, besonders des zeitlichen Ablaufes im Rahmen einer Beratung, fördert ein größeres Verständnis und wirkt überhöhten Erwartungen entgegen. Sie unterstützen die Projekte insbesondere wenn es darum geht, andere Möglichkeiten zu finden, die Arbeit der Projekte weiter durchzuführen.

Insgesamt läßt sich sagen, daß der zunehmende Kontakt durch Beratung auf Seiten der Jugendämter möglicherweise zu einer größeren Akzeptanz und Toleranz führt gegenüber den spezielleren Problemen und Merkmalen der Alternativen wie auch die Projekte vermehrt die gängige Verwaltungspraxis akzeptieren und mit ihr umzugehen lernen.

### **Normalisierung und Routine**

Der Trend zur Normalisierung und Ausweitung der Kontakte sowie Förderungen wird durch eine quantitative Zunahme der Projektkontakte in der Studie bestätigt. Je häufiger Projekte Kontakte suchen und Förderung erhalten, um so routinierter und reibungsloser geht das Jugendamt mit den Projekten um; dies wiederum führt dazu, daß die Anzahl der Projektkontakte steigt.

Eine Normalisierung in den Kontakten zwischen alternativen Jugendprojekten und -initiativen sowie den Jugendämtern zeigt sich auch darin, daß 1/3 der befragten Kommunen die experimentelle Phase bereits abgeschlossen haben; ein weiteres Drittel steht am Beginn des Routinierungsprozesses, während die übrigen Jugendämter noch in der Versuchsphase sind, in der praktische und handhabbare Umgangsformen mit den alternativen Projekten und Initiativen gesucht werden.

Angesichts des allgemeinen Kosten- und Problemdruckes, insbesondere in den Bereichen Jugendarbeitslosigkeit und Wohnprobleme Jugendlicher sind die Jugendämter gezwungen, neue Jugendhilfeangebote zu entwickeln. Die Alternativen, die bereits in einer Reihe von Projekten ihr enormes Innovationspotential nachgewiesen haben<sup>15</sup>, werden zunehmend von den Jugendämtern auch Förderungsmittel in diesen Arbeits-

feldern beantragen. Es ist damit zu rechnen, daß die Jugendämter in den nächsten Jahren die Förderung der alternativen Jugendprojekte und -initiativen ausweiten. Aus o.g. Gründen werden vor allem auch solche Großstadtjugendämter ihre Kontakte ausdehnen, die bisher noch über wenig Kontakte zu alternativen Projekten berichtet haben. Sobald ein Jugendamt die notwendigen administrativen Möglichkeiten entwickelt hat, alternative Jugendprojekte und -initiativen zu fördern, werden die innovativen Ideen der Projekte zunehmend aufgegriffen.

»Grenzen der Expansion durch Einschränkungen in den öffentlichen Haushalten sind nicht notwendig anzunehmen, da die alternativen Projekte und Initiativen in der Regel kostengünstiger als andere Träger sind«<sup>16+17</sup>.

Voraussetzung für eine Ausweitung ist, daß

- a) die Jugendämter nicht-restriktive Umgangsformen mit alternativen Jugendprojekten und -initiativen weiterentwickeln und konfliktfreie bzw. konfliktreduzierende und kräftesparende Arbeitsformen für beide Seiten ermöglichen
- b) weiterhin die Projekte von Mitarbeitern angezogen und getragen werden, die unter den finanziell nicht attraktiven Bedingungen eines alternativen Projektes arbeiten wollen
- c) keine politischen Entscheidungen getroffen werden, die alternative Formen der Sozialarbeit verhindern<sup>18</sup>.

Es wird jedoch nicht zu einer Ausdehnung der alternativen Projekte, die auch nur annähernd die Größe der Wohlfahrts- und Jugendverbände als Jugendhilfeträger erreicht, kommen<sup>19</sup>.

Auch wenn die Zunahme der alternativen Projekte sich im gleichen Trend wie 1978-1983 in den nächsten Jahren fortsetzt, werden Aufwendungen der Jugendämter in diesem Bereich weiterhin nur einen Bruchteil im Vergleich zu den Zuwendungen für die traditionellen Jugendhilfeträger ausmachen. Das weit ausgebaute Jugendhilfeangebot der traditionellen Träger der Jugendhilfe kann bei weitem nicht von den alternativen Projekten und Initiativen ersetzt werden.

Alternative Jugendprojekte und traditionelle Jugendhilfeträger sind mit vergleichbaren Problemen konfrontiert, da sie gleichen Rahmenbedingungen unterliegen. Aus der Kritik an der Stigmatisierung, Bürokratisierung und Institutionalisierung der Jugendhilfe entwickelten die Alternativprojekte ihre besonderen Merkmale wie Ganzheitlichkeit, Dezentralität, Selbstorganisation sowie ein anderes pädagogisches Verhältnis zu den Jugendlichen, die mit dazu beitragen, daß die alternativen Projekte eine größere Nähe zu den Zielgruppen und ihren Problemen haben, ferner auf deren Bedürfnisse und auch auf Veränderungen in der Jugendszene flexibler eingehen können. Die alternativen Projekte zeigen damit den traditionellen Trägern der Jugendhilfe Wege, strukturverändernd, offensiv und aktivierend die Probleme und eingegrenzten Lebensperspektiven der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen anzugehen.

1 Schwendter, Rolf: Alternative Einrichtungen in der Sozialarbeit, in: Projektgruppe Soziale Berufe (Hrsg): Sozialarbeit, Problemwandel und Institutionen, Expertisen, Band II, München, 1981, S. 185-210.

- 2 Alternative Projekte der Jugendhilfe in Berlin, Untersuchung der jugendlichen Alternativszene, ihrer gesellschaftspolitischen Hintergründe und Tendenzen – Relevanz und Konsequenzen für die freien Träger der Jugendhilfe, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. Bonn/Sozialpädagogisches Institut Berlin, Bonn, 1983.  
Vgl. Vester, Michael: Von neuen Plebejern, Emanzipation und Massenstreiks, Frankfurter Rundschau vom 5.4.1983. Vgl. Negt, Oskar: Nach dem Schock des 6. März – Zum Verhältnis von Basisbewegungen und parlamentarischer Opposition, Süddeutsche Zeitung vom 25./26.6.1983.
- 3 1982 Tagung des Jugendamtes Düsseldorf mit dem Deutschen Städtetag in Düsseldorf, Thema »Alternative Jugendbewegung«. Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Alternative Jugendbewegungen, Teil I, Köln, 1982.  
1984 Tagung des Sozialpädagogischen Institutes Berlin mit dem Deutschen Städtetag in Berlin, Thema: »Großstadtjugendämter und alternative Jugendbewegung«; Tagungsbericht, hrsg. durch das SPI-Berlin 1985.  
Vgl. Empirische Kurzzeitstudie des Sozialpädagogischen Institutes Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit zu Erfahrungen und Problemen der Jugendämter »Großstadtjugendämter und alternative Jugendprojekte und -initiativen«. (Projektbearbeiter: Marie-Luise Conen/Dieter Kreft). Vgl. Deutscher Städtetag (Hrsg.): Alternative Jugendbewegungen, Teil II, Köln, 1984.  
Vgl. Forschungsbericht erschienen: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Alternative Jugendbewegungen II, Reihe D, DST-Beiträge zur Sozialpolitik, Heft 16, Köln, 1984.
- 4 Kreft, Dieter/Mielenz, Ingrid: Wörterbuch der sozialen Arbeit, Weinheim/Basel, 2. Auflage 1983.  
Vgl. Schwendter, a.a.O.
- 5 Institut für Soziale Arbeit Münster/Sozialpädagogisches Institut Berlin (Hrsg.): Alternativbewegung/Jugendprotest/Selbsthilfe, Heft 6 der ISA-Schriftenreihe, Berlin, 2. Aufl. 1983.
- 6 Deutscher Städtetag, 1984.
- 7 Methodisch war die Untersuchung in zwei Teilen angelegt. Es wurde eine schriftliche Befragung (Fragebogen) bei allen 65 Großstadtjugendämtern mit folgenden Merkmalen: Stadtjugendamt, unmittelbare Mitgliedschaft des Deutschen Städtetages sowie über 100 000 Einwohner durchgeführt, ferner eine Kontrastgruppe von Städten mit 40 000 bis 50 000 Einwohnern (9) befragt. Nach einer Zwischenauswertung der Rückläufe aus der schriftlichen Befragung schloß sich eine mündliche Befragung von 21 Jugendämtern an.
- 8 § 9 JWG (1) lautet: Träger der freien Jugendhilfe dürfen nur unterstützt werden, wenn sie die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit und für eine sachgerechte, zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Mittel bieten sowie öffentlich anerkannt sind.
- 9 Deutscher Städtetag, 1984, S. 70.
- 10 Die Dauer definieren die Jugendämter meist ab Beginn der offiziellen Antragstellung bis hin zur Entscheidung des Jugendamtes bzw. Jugendwohlfahrtsausschusses. Informelle Kontakte im Vorfeld werden dabei nicht berücksichtigt.
- 11 Deutscher Städtetag, 1984, S. 88.
- 12 A.a.O., S. 69
- 13 Möller, Frank: Staatsknete, in: Netzwerk-Rundbrief, Nr. 18, Sept. 1982, S. 26.  
Vgl. Damm, Diethelm: Staatsknete – na klar, aber wo?, in: Extra Sozialarbeit, 1984, 6, S. 42-45.
- 14 Vgl. Alternative Projekte der Jugendhilfe in Berlin, a.a.O.
- 15 Evers, Adalbert/Szankay, Z.: Das zerrissene Band – Überlegungen zum neuen Verhältnis von sozialem Wissen und sozialer Bewegung, in: Prokla, Heft 43, 1981, Berlin. Vgl. Brand, K.W.: Analyse neuer Protestpotentiale, in: Journal für Sozialforschung, 1981, 21, Heft 4, S. 375-388. Vgl. Aust, Stefan/Rosenblatt, S. (Hrsg.): Hausbesetzer: wofür sie kämpfen, wie sie leben und wie sie leben wollen. Hamburg, 1981.
- 16 Deutscher Städtetag, 1984, S. 95
- 17 Grottian, Peter/Nelles, W. (Hrsg.): Großstadt und neue soziale Bewegungen, Basel/Boston/Stuttgart, 1983.
- 18 König, Ingrid/Kreft, Dieter/Schumann, Till: Alternative Projekte der Jugendhilfe in Berlin, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 1983, 6, S. 219-227.
- 19 Bauer, R.: Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim/Basel, 1978.